

Autor: Diller, Ansgar.

Titel: Rundfunk bis 1945.

Quelle: Was Sie über Rundfunk wissen sollten. Materialien zum Verständnis eines Mediums. 1997.

Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Dr. Ansgar Diller

Rundfunk bis 1945

Vorgeschichte des Rundfunks (bis 1923)

Übersicht

- Weltweite Entwicklung der Technik
- Internationale "drahtlose" Konzerte
- Deutsche Entwicklungen der Technik

Der Rundfunk in der Weimarer Republik (1923- 1933)

Übersicht

- Gründung der Rundfunkgesellschaften
 - Die Post sichert ihren Einfluß auf die regionalen Programmgesellschaften
 - Probleme mit der Rundfunkorganisation
 - Gründung der Reichs- Rundfunk- Gesellschaft mbH
 - *Politische Programmüberwachung*
 - Programmangebot
 - Internationaler Programmaustausch
-

- Radio- Fieber
- Neue Standorte für neue Sender
- Verstaatlichung

Rundfunk im Dritten Reich (1933- 1945)

Übersicht

- Goebbels baut das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda auf
- Propagandaministerium als "Befehlszentrale"
- Personelle Säuberungen
- Programmgestaltung nach Vorschrift
- "Volksempfänger" und "Goebbels- Schnauze" als Verkaufsschlager
- Start des Deutschen Fernsehens
- Propaganda mit dem Fernsehen
- Abhörverbot im Zweiten Weltkrieg
- Zweiter Weltkrieg im Äther
- Sender im und aus dem Ausland: Macht und Bedrohung

Vorgeschichte des Rundfunks (bis 1923)

Ausgangspunkt für die Verbreitung des Rundfunks in den 20er und des Fernsehens in den 30er Jahren war im Jahre 1887 eine Entdeckung des Physikprofessors Heinrich Hertz an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, der erstmals das Bestehen elektromagnetischer Schwingungen nachwies, die sich unsichtbar mit sehr großer Geschwindigkeit in der Luft ausbreiten.

Weltweite Entwicklung der Technik

Der italienische Techniker Guglielmo Marconi verstand es, verschiedene technische Erfindungen so zu kombinieren, daß mit Hilfe der elektromagnetischen Wellen immer größere Entfernungen überwunden werden konnten. 1898 stellte Marconi die erste funkentelegraphische Verbindung zwischen England und Irland her, 1899 überwand er den Kanal zwischen England und Frankreich und zwei Jahre später die mehr als dreieinhalbtausend Kilometer zwischen Europa und Amerika. Auch Deutsche beteiligten sich an den Experimenten mit der drahtlosen Telegraphie. Mit Unterstützung Kaiser Wilhelms II. und an der neuen Übermittlungstechnik interessierter Militärs gelangen 1897 dem Professor an der Technischen Hochschule in Berlin Adolf Slaby und seinem Assistenten Graf Georg Wilhelm von Arco die Herstellung mehrerer funkentelegraphischer Verbindungen, zuletzt über eine Entfernung von 21 km zwischen Schöneberg und Rangsdorf in der Nähe Berlins.

Internationale "drahtlose" Konzerte

Den entscheidenden Übergang vom Nachrichtenaustausch mit Hilfe von bis dahin ausschließlich üblichen Morsezeichen (Telegraphieren) zur Übertragung von Sprache (Telephonieren) brachte 1906 der vom Dänen Valdemar Poulsen konstruierte Lichtbogensender. Diese Einrichtung ermöglichte die Erzeugung ungedämpfter Schwingungen und damit die ununterbrochene Ausstrahlung von Wellen auf einer bestimmten Frequenz. Sie funktionierte im Vergleich zum bisherigen Funkensender, der das Geräusch von Geschützlärm verursachte, nahezu lautlos und übermittelte dem Empfänger eine gleichbleibende Tonqualität. Mit Lichtbogensendern wurden auch die ersten deutschen Versuchsanlagen für den Funkverkehr in Norddeich an der Nordsee und in Nauen bei Berlin ausgestattet. 1910 wurde in Amerika erstmals drahtlos aus der Metropolitan Opera in New York die Stimme eines Sängers übertragen. 1915 gelang es erstmals, den Atlantik zu überbrücken: Die von einem Sender in

Arlington bei Washington verbreitete menschliche Stimme konnte auch in Europa vernommen werden.

Deutsche Entwicklungen der Technik

Während des Ersten Weltkriegs bevorzugten die Militärs allerdings weiterhin die drahtlose Telegraphie als bewährtes Verständigungsmittel. Doch in der letzten Kriegsphase kam es auch zu weiteren Versuchen mit der drahtlosen Telephonie:

1917 erprobte der Direktor von Telefunken, Hans Bredow, an der Westfront den ersten Röhrensender und unterhielt die Landser in den Schützengräben mit kurzen Musikstücken. An diese ersten Musik- "sendungen" knüpften Telegraphenbeamte der Reichspost in der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen 1920 an. Zuerst sendeten sie mit Hilfe eines Lichtbogensenders auf Langwelle Schallplattenmusik und verlasen Artikel aus Zeitungen. Weihnachten 1920 machten sie mit einem "drahtlosen" Konzert von sich reden - sechs Wochen, nachdem in den Vereinigten Staaten die erste reguläre Rundfunksendung in den Äther gegangen war. Das nächste Konzert folgte Ostern 1921, und im Juni des gleichen Jahres war die Übertragung der "Madame Butterfly" aus der Berliner Staatsoper zu hören. Am 13. Mai 1922 ging schließlich die erste Sendung der regelmäßigen Sonntagskonzerte aus Königs Wusterhausen in den Äther. Als Mikrophon diente die Sprechkapsel eines Telephons, von einem Grammophon wurden Schallplatten abgespielt.

Der Rundfunk in der Weimarer Republik (1923- 1933)

Die oberste deutsche Fernmeldeverwaltung teilte 1922 das Reich in neun etwa gleich große Sendebezirke ein. In deren Mittelpunkt sollte ein (Haupt-)Sender errichtet werden, der als Relaisstation das zentrale Programm von Berlin aus regional zu verbreiten hatte. Die Post entschloß sich etwas später zur Dezentralisierung und damit Regionalisierung der künftigen

Rundfunkorganisation. Statt nur ein in Berlin produziertes Programm sollten von regionalen Sendegesellschaften jeweils Programme verbreitet werden, die den kulturellen Besonderheiten der deutschen Länder und Regionen entgegenkamen. Damit entsprach das Rundfunkwesen der föderalistischen Struktur des Deutschen Reiches, und aus der technischen Notwendigkeit der Dezentralisierung war eine kulturpolitische Tugend geworden.

Gründung der Rundfunkgesellschaften

Da für den Aufbau des neuen Kommunikationssnetzes nach Weisung der Reichsregierung keine Kosten entstehen durften, gingen Reichspostministerium und die von ihm geförderte erste private Rundfunkgesellschaft Deutsche Stunde - Gesellschaft für Drahtlose Belehrung und Unterhaltung mbH auf die Suche nach privaten Geldgebern. Sie fanden sie vorwiegend unter Industriellen und Kaufleuten in den von der Post ausgewählten neun Großstädten (Berlin, Breslau, Frankfurt am Main, Hamburg, Königsberg, Leipzig, München, Münster - als Ausweichort für das von den Engländern besetzte Köln - und Stuttgart). Hier sollten die regionalen Sende- bzw. Programmgesellschaften gegründet werden. Noch während dieser Gründungsphase meldete das Reichsinnenministerium ein Mitspracherecht bei der Ausgestaltung der Rundfunkorganisation an. Es wollte über seine Gesellschaft, den Drahtlosen Dienst (Dradag), z.B. den verantwortlichen Redakteur für den Nachrichtendienst stellen.

Die Post sichert ihren Einfluß auf die regionalen Programmgesellschaften

Die regionalen Sendegesellschaften - gegründet als Aktiengesellschaften mit Ausnahme derjenigen in München - durften mit der Ausstrahlung regelmäßiger Radioprogramme aber erst unter bestimmten Voraussetzungen beginnen: Sie mußten der Reichspost den entscheidenden wirtschaftlichen Einfluß auf ihre Unternehmungen zusichern und erhielten anschließend - zunächst nur

provisorisch - Sendelizenzen. Das erste, nur eine Stunde dauernde, Programm ging am 29. Oktober 1923, um 8.00 Uhr abends, in Berlin über den Äther. Bis zum Oktober 1924 nahmen die übrigen regionalen Programmgesellschaften ihren Sendedienst auf. Hinzu kam 1926 die Deutsche Welle GmbH als zentrale Rundfunkgesellschaft mit dem Spezialauftrag, über einen Langwellensender reichsweit bildende Sendungen anzubieten. Ab 1929 sendete der Weltrundfunk-Kurzwellensender hauptsächlich für die Deutschen in Übersee. Der Lang- wie der Kurzwellensender hatten ihre Standorte in Königs Wusterhausen bei Berlin.

Probleme mit der Rundfunkorganisation

Die Länder, allen voran Preußen und Bayern, pochten auf ihre Kulturhoheit und beanspruchten Mitspracherechte. Die Verhandlungen der Ministerialbeamten erbrachten ein Regelwerk mit staatlichen Kontrollbestimmungen, die dem Rundfunk im Gegensatz zur Presse nicht die von der Reichsverfassung garantierte publizistische Freiheit einräumte. Begründet wurden die Kontrollen mit den Erfahrungen im November 1918, als sich das Funkwesen zeitweise in der Hand der revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte befunden hatte. Außerdem könne nur so die erforderliche Überparteilichkeit der Sendungen gesichert werden.

Gründung der Reichs- Rundfunk- Gesellschaft mbH

Als Interessenvertretung der Öffentlichkeit gegenüber gründeten die regionalen Rundfunkgesellschaften 1925 die zentrale Reichs- Rundfunk- Gesellschaft mbH (RRG). Diese Dachgesellschaft diente der Post aber auch dazu, den Rundfunk insgesamt besser überwachen zu können. Instrumente dafür waren die 51%igen Anteile der Reichspost an der zentralen wie an den regionalen Gesellschaften. Darüber hinaus besaß der vom Reichspostminister eingesetzte Rundfunkkommissar Sitz und Stimme in den Aufsichtsräten der Sendegesellschaften und hatte den Vorsitz im Verwaltungsrat der RRG inne. In

diesen Positionen konnte er Finanzen und Technik steuern und indirekt auch auf die Programme aller Rundfunkgesellschaften Einfluß nehmen.

Politische Programmüberwachung

Für die Überwachung des Programms beriefen das Reichsministerium des Innern und die Regierungen der Länder zwei Gremien, für deren Arbeit "Richtlinien über die Regelung des Rundfunks" maßgeblich waren: Der weisungsgebundene Politische Überwachungsausschuß wurde eingesetzt zur "Überwachung des Nachrichten- und Vortragsdienstes". Dieser Ausschuß hatte sich außerdem mit Entscheidungen "über alle mit der Programmgestaltung zusammenhängenden politischen Fragen" zu befassen. Der Kulturbeirat war zuständig für die "Mitwirkung an der Gestaltung des Programms hinsichtlich der Darbietungen auf dem Gebiete von Kunst, Wissenschaft und Volksbildung". Politische Nachrichten durften die Rundfunkgesellschaften nur von einer von der Reichsregierung bestimmten Nachrichtenstelle beziehen. Von den Regierungen gewünschte Auflagennachrichten mußten sofort weitergeleitet und gesendet werden. Der Chefredakteur dieser Nachrichtenstelle, der DRADAG, berufen vom Aufsichtsrat der DRADAG, wurde durch das Reichskabinett bestätigt. Die Rundfunkgesellschaften mußten sich mit dem eng geknüpften Überwachungsnetz abfinden, um von der Reichspost - nachträglich - zum 1. März 1926 die endgültige Sendegenehmigung zu erhalten.

Programmangebot

Die Angebote der einzelnen Sendegesellschaften unterschieden sich stark voneinander, da jede zunächst einmal Erfahrungen sammeln mußte. Sie waren geprägt von der örtlichen Kulturszene und lehnten sich an die überlieferten kulturellen Darbietungsformen an, wie sie die Hörer durch Besuche von Konzerten und Theateraufführungen oder die Teilnahme an Kursen der Volkshochschule gewöhnt waren. Das Hörspiel entstand als rundfunkeigene

Darbietungsform. Regelmäßige Nachrichtentermine standen ebenso auf dem Programm wie Übertragungen von politischen und sportlichen Ereignissen. Kinder- und Frauenfunk, Schul- und Jugendfunk brachten Sendungen für die speziellen Interessen ihrer Hörer. Aus einer Stunde Programm am ersten Sendetag in Berlin waren Mitte 1925 schon zehn Stunden und am Ende der 20er Jahre 14 Stunden geworden. Zum Zuwachs trugen verbesserte technische Bedingungen bei. Z.B. ermöglichten Wachsschneiderverfahren die Aufzeichnung von Wort- und Musikaufnahmen und damit ihre zeitversetzte Sendung. Die Programmgestalter nutzten den technischen Fortschritt für die Zusammenstellung abwechslungsreicherer Programme.

Internationaler Programmaustausch

Am 10. September 1926 war im Rahmen des vom Weltrundfunkverein erstmals erprobten internationalen Programmaustauschs der Rundfunk in Genf bei der feierlichen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund dabei. Über ein 1200 km langes unterirdisches Kabel wurde die Rede von Reichsaußenminister Gustav Stresemann nach Berlin übertragen und von den Berliner Mittel- und Langwellensendern ausgestrahlt.

Radio- Fieber

Wie sehr das damals sogenannte "Radio- Fieber" um sich griff, zeigt die rasch ansteigende Zahl der Teilnehmer. Ein Jahr nach Programmbeginn des Rundfunks waren im Herbst 1924 bereits eine halbe Million Rundfunkteilnehmer bei der Post angemeldet. Die monatliche Rundfunkgebühr betrug zwei Reichsmark, von der die Post bis zu 50 % behielt (z.B. als Ausgleich für Defizite im Brief- und Paketverkehr). Die Teilnehmerzahl stieg auf über eine Million im Januar 1926 und auf mehr als zwei Millionen Anfang 1928. Am Ende der Weimarer Republik waren 1932 trotz Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit mehr als vier Millionen Rundfunkteilnehmer registriert. Die wachsende Zahl der Teilnehmer

ließ sich neben der raschen Erweiterung des Programmangebots darauf zurückführen, daß die Post die Zahl der Rundfunksender vermehrte und die Sendeenergie der bestehenden Sender erhöhte.

Neue Standorte für neue Sender

Es gab bald nicht nur an den Standorten der Programmgesellschaften entsprechende Sendeeinrichtungen, sondern beispielsweise Anfang 1925 in Bremen, Dresden, Hannover, Kassel und Nürnberg, zwei Jahre später auch in Dortmund, Elberfeld, Freiburg, Kiel, Gleiwitz und Stettin. Allen diesen Nebensendern wurde in der Anfangszeit die Möglichkeit zur stundenweisen Ausstrahlung regionaler Programme eingeräumt. Außerdem trugen sie durch eigene Sendungen zum Gesamtprogramm bei und machten dies dadurch noch attraktiver. Die Entscheidung, wo ein Sender gebaut oder ein schon bestehender verstärkt werden sollte, hing auch von außenpolitischen Erwägungen ab. Nach dem Willen deutscher Politiker sollten die Rundfunksendungen aus Deutschland auf die Deutschen jenseits der Grenzen einwirken. Es handelte sich vor allem um die Bewohner der durch den Versailler Vertrag vom Deutschen Reich abgetretenen Gebieten, z.B. im Elsaß, das zu Frankreich, in Oberschlesien, das zu Polen, und in Nordschleswig, das zu Dänemark gehörte. Eine Art Wetttrüsten im Äther begann, da die Nachbarstaaten Deutschlands ihre Sender in Grenznähe ebenfalls verstärkten. Der Spruch von der "Rundfunkeinkreisung Deutschlands im Äther" machte die Runde. Um ihr zu begegnen, nahm die Deutsche Reichspost ab 1930 sogenannte "Großsender" in Betrieb.

Verstaatlichung

Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre geriet der Rundfunk mehr und mehr in das Fahrwasser regierungsamtlicher Aktivitäten - zu erkennen an einer steigenden Flut von Auflagesendungen. Kritiker sahen in den laufenden Eingriffen der Regierung in das Rundfunkprogramm den Staatsfunk bereits vor der Tür stehen.

Dieser Staatsrundfunk kam 1932 unter der Regierung des Reichskanzlers Franz von Papen. Eine Rundfunkreform räumte dem Staat schließlich alle ausschlaggebenden Rechte im Rundfunk ein, verminderte den Einfluß der Länder zugunsten des Reiches und verdrängte die privaten Gründer und ursprünglichen Finanziers des Rundfunks aus den Sendegesellschaften. An die Stelle der Politischen Überwachungsausschüsse traten Staatskommissare mit erweiterten Zensurbefugnissen, Programmbeiräte mit Vertretern aus Wissenschaft, Kunst und Bildung ersetzten die kulturellen Beiräte. Die Aktiengesellschaften wurden Ende 1932, Anfang 1933 in Gesellschaften mit beschränkter Haftung umgewandelt; deren Geschäftsanteile langten ausschließlich in öffentlicher Hand (51% Reich, 49% Länder). Die Dradag ging als Nachrichtenabteilung in der RRG auf. Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Photokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Rechteinhabers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme weiterverarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Rundfunk im Dritten Reich (1933- 1945)

Am 30. Januar 1933 übernahmen die Nationalsozialisten mit der Macht im Staate unmittelbar auch die Macht über den Rundfunk. Das Auflagerecht sicherte der neuen Reichsregierung unter Adolf Hitler als Reichskanzler den Rundfunk als Verlautbarungsinstrument. Das bekamen die Rundfunkteilnehmer im Laufe des Tages auch sofort zu hören: In den Mittagsnachrichten verbreitete der Drahtlose Dienst als Spitzenmeldung, Hitler sei vom Reichspräsidenten zum neuen Regierungschef ernannt worden. Gegen 19.00 Uhr würdigte die Berliner Funkstunde das wichtigste Ereignis des Tages in einer Zeitfunksendung.

Goebbels baut das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda auf

Unter seiner Kontrolle sollten die Massenmedien z.B. Presse und Rundfunk, aber auch kulturelle Einrichtungen wie Theater, Film und Literatur stehen. Dem Rundfunk war dabei die Rolle als "Führungsmittel" der Regierung zugeordnet. Deswegen ließ sich Goebbels schon zwei Tage nach seiner Ernennung zum Minister am 16. März die politische, personelle und Programmüberwachung vom Reichsinnenminister übertragen. Die neuen Kompetenzen nutzte er anlässlich der Reichstagseröffnung am 21. März, um den "Tag von Potsdam", an dem in Anwesenheit von Reichspräsident von Hindenburg der neu gewählte Reichstag eröffnet wurde, als großes nationalsozialistisches Propagandaspektakel aufzuziehen und dafür unter seiner Regie den Rundfunk "für ganz Deutschland einzuschalten." (Goebbels) Am Tag danach wurde kaum mehr als eine Formalie vollzogen: Am 22. März 1933 ging die wirtschaftliche Kontrolle des Rundfunks vom Reichspostministerium auf das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda über.

Propagandaministerium als "Befehlszentrale"

Obwohl der Propagandaminister die "Vereinheitlichung" und "klare Führung" des Reiches im Rundfunk proklamierte, hielten die Länder an ihren Mitspracherechten fest. Sie stützten sich - juristisch korrekt - auf die aus der Weimarer Republik übernommenen Kapitalanteile, regionalen Staatskommissare und Programmbeiräte. Dabei setzte sich Preußen an die Spitze einer Bewegung gegen die Rundfunkzentralisierung, der sich auch andere Länder gegen das Reich anschlossen. Preußen verlangte eine "Mitwirkung an der staatspolitischen Auswertung des Rundfunks", da er sich nicht durch eine Hand allein, d.h. durch das Reich, verwalten lasse. Doch den Sieg im Streit trug der Propagandaminister davon. Hitler erklärte den Rundfunk zur alleinigen Reichsangelegenheit, Staatskommissare, Programmbeiräte und Programmausschüsse sowie die Kapitalbeteiligungen der Länder an den Rundfunkgesellschaften für abgeschafft.

Das Recht zur Anordnung von Auflagen lag ab sofort nur noch beim Reich. Folgerichtig wurden die regionalen Sendegesellschaften aufgelöst und 1934 als unselbständige Reichssender und Filialen der Reichs- Rundfunk- Gesellschaft, in der schon 1933 die Reichssendeleitung eingerichtet worden war, angeschlossen. Der Drahtlose Dienst, der den Rundfunk mit Nachrichten versorgte, gehörte zur Presseabteilung des Propagandaministeriums.

Personelle Säuberungen

Auf weniger Widerstand stieß der Propagandaminister bei seinen personellen und Programmvorstellungen. Schon am Tag nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag blies Goebbels am 25. März 1933 in einer Rede vor den Rundfunkintendanten zur personellen Säuberung: "Der Rundfunk wird gereinigt, wie die ganze preußische und deutsche Verwaltung gereinigt wird". Ziel sei, "daß 100%ig die ganzen Funkhäuser der nationalen Regierung dienen und sich dem Volke verpflichtet fühlen." Keinen Platz mehr sollte es für alle im Sinne des nationalsozialistischen Regimes politisch "unzuverlässigen" und wegen ihrer rassischen Zugehörigkeit diskriminierten Rundfunkangestellten geben. Nicht nur alle Programmmitarbeiter, auch Techniker, Orchestermusiker und Sekretärinnen wurden durchleuchtet. Mit Verhören, Verleumdungen, Fragebögen, Beschlagnahme von Akten, Kündigungen, Versetzungen, aber auch Wiedereinstellungen mit verminderten Bezügen machte sich das Regime die Rundfunkmitarbeiter gefügig. Noch am 30. Januar 1933 hatte Rundfunkkommissar Bredow seinen Rücktritt erklärt. In den Monaten danach mußten die beiden Direktoren der Reichs- Rundfunk- Gesellschaft, fast alle Intendanten sowie jüdische, sozialdemokratische und kommunistische Mitarbeiter ausscheiden. Mitte 1933 gab die Reichs- Rundfunk- Gesellschaft die Entlassung von insgesamt 98 leitenden und 38 sonstigen Rundfunkangestellten bekannt. Bis zum Jahresende waren rund 13 % aller früheren Mitarbeiter entlassen. Die Angestellten des Rundfunks hatten fortan zusammen mit den

Beschäftigten von Rundfunkpresse und Rundfunkindustrie der Reichs-Rundfunk-Kammer zwangsweise als Mitglieder anzugehören.

Programmgestaltung nach Vorschrift

Auch dem Rundfunkprogramm zwang Goebbels seinen Willen auf. Die Berichterstattung hatte von einem parteilichen, nie von einem neutralen Standpunkt aus zu erfolgen. Weisungen dafür kamen entweder direkt aus dem Ministerbüro, aus der Rundfunkabteilung des Propagandaministeriums oder aus der neu eingerichteten Reichssendeleitung in der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft. Etwa sechs Mal im Jahr hatten die Intendanten der Reichssender zum Befehlsempfang anzutreten, um Richtlinien für die Programmgestaltung entgegenzunehmen. Damit war sichergestellt, daß der Rundfunk als Sprachrohr des Nationalsozialismus, der es für seine Selbstdarstellung gebrauchte, auf Kurs blieb. Doch Goebbels wußte auch, daß sich die Hörer bei zuviel Politik vom Rundfunk abwenden würden. Deswegen ordnete er im Mai 1933 an, "daß im Rundfunkprogramm der Unterhaltung weitester Raum gegeben" wird. Und nach den stundenlangen Übertragungen vom mehrere Tage dauernden Reichsparteitag im Herbst 1933 untersagte er Änderungen des Rundfunkprogramms wegen politischer Kundgebungen, da sonst "das Interesse am Rundfunk schwindet, die Hörer den Rundfunk abbestellen und den Empfang aufgeben. Die Folge wäre eine Verminderung der Hörerzahl und damit ein erheblicher Rückgang der Rundfunkeinnahmen und der Werbekraft des Rundfunks."

"Volksempfänger" und "Goebbels- Schnauze" als Verkaufsschlager

Um die Deutschen zu einem Volk von Radiohörern zu machen, wurde ab Sommer 1933 als Gemeinschaftserzeugnis von 28 Radiofirmen ein billiger Volksempfänger angeboten. Dieser VE 301 (VE = Volksempfänger; 301 = 30.1., Tag der nationalsozialistischen Machtübernahme) kostete 76 Mark und ermöglichte den Empfang zumindest des örtlichen Bezirkssenders auf Mittelwelle

und des Deutschlandsenders auf Langwelle. In manchen Gegenden des Reiches waren mit dem Gerät auch Auslandssender einwandfrei zu empfangen. Trotz aller Warnungen vor einem "Wald- und Wiesenempfänger mit all seinen Nachteilen" wurde der Volksempfänger zu einem ausgesprochenen Verkaufsschlager. 1933 wurden 690 000 und 1934 annähernd 900 000 Stück abgesetzt. 1938 kam außerdem das 35 Mark- Gerät Deutscher Kleinempfänger, den der Volksmund "Goebbels- Schnauze" nannte, in den Verkauf. Volksempfänger und Deutscher Kleinempfänger trugen wesentlich zur stürmischen Steigerung der Teilnehmerzahlen von 4,2 (1933), über 10,8 (1939) auf schließlich mehr als 16 (1943) Millionen bei. Von dem Monatsbetrag von zwei Mark, den jeder Teilnehmer, wie in der Weimarer Republik, zu zahlen hatte, flossen 1933 nur 65 und 1939 nur noch 38 Pfennig in die Kassen des Rundfunks. Aber nicht nur die Post kassierte, wie schon zu Zeiten der Weimarer Republik, sondern vor allem das Propagandaministerium nutzte die Einnahmen aus der Rundfunkgebühr zur Finanzierung rundfunkfremder Aufgaben seiner Behörde.

Start des Deutschen Fernsehens

Die Ausstrahlung von regelmäßigen Versuchsprogrammen dreimal pro Woche von 20.00 bis 22.00 Uhr, begann am 22. März 1935 in Berlin, um - aus propagandistischen Gründen - der Eröffnung des Fernsehens in England zuvorzukommen. Mangels geeigneter Fernsehempfänger konnte das Programm aber nur von wenigen Zuschauern gesehen werden. Bis Ende 1935 zog sich außerdem ein Streit zwischen den Ministerien über die Zuständigkeit für das Fernsehen hin. Zunächst wurde mit Rücksicht auf die Flugsicherung und den Luftschutz der Reichsminister für Luftfahrt allein als zuständig erklärt. Später setzte Goebbels durch, daß dem Propagandaminister wenigstens "die darstellerische Gestaltung von Fernsehübertragungen für Zwecke der Volksaufklärung und Propaganda" zugesprochen wurde.

Propaganda mit dem Fernsehen

Von zwei auf acht Stunden täglich wurde die Sendezeit des Fernsehens anlässlich der Olympischen Spiele 1936 in Berlin erweitert. Zu sehen waren die größtenteils direkt übertragenen Wettkämpfe in 25 öffentlichen Fernsehstuben in Berlin, zwei Empfangsstellen in Leipzig und einer in Potsdam. Mehr als 160 000 Besucher kamen zum Gemeinschaftsempfang. Erst kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde der Fernsehempfang auch für den privaten Empfang freigegeben und ein Fernseh-Volksempfänger vorgestellt, der allerdings nicht mehr in die Serienproduktion gehen konnte. Wenn auch die Sendungen bis 1943 weitergingen, spielte die Propaganda im Fernsehen für die Nationalsozialisten keine Rolle - eher die Propaganda mit dem Fernsehen.

Abhörverbot im Zweiten Weltkrieg

Durch einen vorgetäuschten Überfall angeblich polnischer Soldaten auf den Sender Gleiwitz gab Hitler am 1. September 1939 das propagandistische Signal zum Angriff auf Polen und löste damit den Zweiten Weltkrieg aus. Am gleichen Tag bereits wurde ein Abhörverbot für die Auslandssender erlassen ("Außerordentliche Rundfunkmaßnahmen"), verbunden mit der Androhung von schweren Strafen. Bis zu zehnjährige Zuchthausstrafen, aber auch Todesstrafen wurden verhängt, 1942 beispielsweise 985 Personen als sogenannte "Rundfunkverbrecher" verurteilt. In diesem Zusammenhang kritisierte Hitler noch 1942, daß das Propagandaministerium keinen Drahtfunk wie in der Sowjetunion eingerichtet hatte, da dieser den zuständigen Stellen der Staatsführung die Möglichkeit gegeben hätte, "den Empfang zu regulieren".

Zweiter Weltkrieg im Äther

Im Laufe des Krieges bekam das Rundfunkprogramm, zu dem die Reichssender seit dem 9. Juni 1940 zum sogenannten >Reichsprogramm< zusammengeschaltet waren, eine immer eintöniger werdende Struktur.

Nachrichtensendungen, Wehrmachtsbericht und die Reportagen der Propagandakompanien von einzelnen Kriegsschauplätzen waren täglich zu feststehenden Tageszeiten zu hören. Dazwischen wurde das Programm zur Bekanntgabe von Sondermeldungen - in der ersten Phase des Krieges von Siegesfanfaren angekündigt - oft unterbrochen. Auch die Niederlagen der Wehrmacht waren im Rundfunk nicht zu verheimlichen. So hatten nach der Kapitulation von Stalingrad am 2. Februar 1943 "Ernst und Sachlichkeit" und nicht leichte Unterhaltung das Rundfunkprogramm zu prägen; während der Luftangriffe von Deutschlands Kriegsgegnern wurde der Rundfunk zum Instrument des Überlebens: Luftlagemeldungen gaben der Bevölkerung Hinweise auf möglicherweise bevorstehende Bombardierungen.

Sender im und aus dem Ausland: Macht und Bedrohung

In alle Ländern, in denen die deutsche Wehrmacht einmarschierte, folgten ihr Rundfunkspezialisten nach. So hatte schon 1938 der Reichsrundfunk die Sender in Österreich übernommen und den Reichssender Wien gleichgeschaltet. Im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren, dem bis 1938/39 tschechischen Teil der Tschechoslowakei, bestanden zwei parallele Organisationen: der Reichssender Böhmen und der tschechische Rundfunk unter deutscher politischer und militärischer Zensur. Wenige Wochen nach dem deutschen Überfall auf Polen mußte die polnische Bevölkerung ihre Rundfunkgeräte abgeben, wurden die polnischsprachigen Sendungen eingestellt und nur noch ein Programm in deutscher Sprache ausgestrahlt. Zweisprachig liefen die Sendungen hingegen in Norwegen, Dänemark und in den besetzten westeuropäischen Ländern, teils unter Leitung des Propagandaministeriums, teils unter der des örtlichen Militärbefehlshabers. In den deutsch-besetzten Teilen der Sowjetunion und auf dem Balkan strahlten die Rundfunkstationen Programme für Soldaten in deutscher Sprache aus, in die gelegentlich Nachrichten in der Landessprache eingestreut waren. Aus dem Ausland waren Sendungen in deutscher Sprache vor allem von Rundfunkstationen in Großbritannien (Deutschsprachiger Dienst der

BBC) und der Sowjetunion (Radio Moskau) zu empfangen. Viele Emigranten aus Deutschland beteiligten sich am Ätherkrieg gegen das Dritte Reich. So übertrug fast während des gesamten Krieges die BBC regelmäßig die Ansprachen von Thomas Mann an die "Deutschen Hörer". In ihnen prangerte der Schriftsteller die Untaten des nationalsozialistischen Regimes, z.B. die Verfolgung der Juden, an. In der Sowjetunion stand den Emigranten mit dem Sender Freies Deutschland ab 1943 sogar eine eigene Radiostation zur Verfügung. Deutsche Kommunisten und antifaschistische Kriegsgefangene riefen in ihren Sendungen die deutschen Soldaten zur Beendigung des Krieges und die deutsche Zivilbevölkerung zum Widerstand auf. 1944 und 1945, in der letzten Kriegsphase, nutzten die Amerikaner Radio Luxemburg für Sendungen an die deutsche Bevölkerung, in denen sie ihre nächsten Kriegsmaßnahmen auf deutschem Territorium ankündigten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Rechteinhabers unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Speicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.